

# grüne welle

das magazin für grüne politik in schleswig-holstein



**Pannenreaktoren abschalten**

*landesverband | Seite 3*

**Leckerer Essen in Kitas und Schulen**

*landtag | Seite 6*

**„Kulturprozente“ für Schulen**

*bundestag | Seite 10*



SCHLESWIG-HOLSTEIN



## Liebe Freundinnen und Freunde!

Vor den Herbststürmen...

nach einem durchwachsenen Sommer stehen wir vor einem politisch stürmischen Herbst. Die große Koalition in Schleswig-Holstein ist zur Halbzeit bereits am Ende. Die Kommunalwahl im Mai 2008 wird die Tiefdrucklagen im Regierungslager weiter verstärken. Entweder die große Koalition wird sich von den Böen unstet hin und her treiben lassen, oder sie wird von den ersten Regengüssen weggespült werden. Auf beides werden wir uns vorbereiten.

Die Kommunalwahl soll dann zum Zeichen werden, dass diese Regierung nicht mehr gewollt ist und dass die Grünen die politische Kraft der Zukunft sind. Gegen die Großstrukturen der Politik, die Großkonzerne der Energie, die Industrie in der Landwirtschaft und gegen Ausrichtung von Bildung und Kultur am Profit setzen wir auf Kommunalisierung der Energie, auf Autonomie der Schulen, auf lebenswerte Umwelten, vielfältige Kulturen und vor allen Dingen auf die Demokratisierung der politischen Gremien. Demokratie darf nicht nur zur rhetorischen Floskel verkommen. Sie muss auch etwas zu entscheiden haben. Sie braucht Substanz.

Dafür treten wir bei der Kommunalwahl an. Und deshalb ist es wichtig, dass möglichst viele Grüne Orts- und Kreisverbände in der Lokalpolitik vertreten sind. Eine Voraussetzung dafür ist, dass Ortsverbände antreten. Wir würden den Neugründungen der letzten Monate gerne weitere folgen lassen und unterstützen Euch nach Kräften, wo Ihr die Möglichkeit dafür seht! Wichtiges Datum für die Kommunalwahl ist der Kleine Parteitag und Kommunalwahlkongress am 6. Oktober in der Waldorfschule in Neumünster. Kommt zahlreich, lasst Euch anregen und bringt Euch ein. Von uns aus kann's ruhig ein bisschen aufbrausen....

Euer Landesvorstand  
Markus, Marlies, Marlene, Robert

## Auf den Inhalt kommt es an

### 2. Kommunalwahlkongress am 6. Oktober

#### Von Robert Habeck

Die Kommunalwahl liegt den Grünen. Sie entspricht unserer Grundidee, dass Inhalte und Veränderungen nicht von oben verordnet werden, sondern sich vielfältig und kreativ in den Städten, Dörfern und Kommunen entwickeln. Darüber hinaus: Wir stehen für eine Demokratie, die den Menschen auch etwas zu entscheiden gibt. Wir stehen für das demokratische Engagement in all seiner Vielfalt!

Nachdem der erste Kommunalwahlkongress das Vorgehen und die verschiedenen Aspekte der Kommunalwahl diskutiert hat, steht im Mittelpunkt des zweiten, der am 6. Oktober von 14 bis 19 Uhr in der Waldorfschule in Neumünster stattfindet, die inhaltliche Arbeit. Wir verstehen den Kongress als Plattform zum Austausch, aber auch als Möglichkeit von einander zu lernen. Deshalb bieten wir verschiedene Foren an.

Zudem freuen wir uns auf den Besuch von Karoline Linnert, der neuen Finanzsenatorin aus Bremen. Sie wird vom letzten Wahlkampf und ihrer Arbeit berichten und mit uns diskutieren.

Wir freuen uns auf einen anregenden Tag und hoffen, dass sich die Aufbruchstimmung des letzten Kongresses fortsetzt. Die Kommunalwahl ist eine große Chance für uns und Grüne Politik! Nutzen wir sie!



Bitte meldet euch (an) unter [www.sh.gruene.de](http://www.sh.gruene.de)



Anti-Atom-Aktion der Grünen aus Niedersachsen und Schleswig-Holstein am AKW Krümmel

# Vattenfall abschalten Krümmel und Brunsbüttel vom Netz

Der Konflikt zwischen ethischer Verantwortung und technischer Möglichkeit ist bei der Kernkraftnutzung existentiell.

Die Nutzung der Atomenergie ist unverantwortbar, weil die Folgen eines Unfalls unbeherrschbar sein können.

## Von Marlies Fritzen

Ein Kurzschluss im AKW Brunsbüttel und ein Trafobrand im Atommeiler Krümmel führten im Juni zu Schnellabschaltungen der Atomanlagen, die allerdings nicht wie vorgesehen automatisch erfolgten, sondern von Hand nachreguliert werden mussten. Allein diese Tatsache ist alarmierend genug. Hinzu kam ein offensichtlich überfordertes Personal, das durch Missverständnisse und Fehlbedienungen weitere Störungen auslöste.

Die Störfälle haben auf dramatische Weise bestätigt: Atomkraftwerke sind auch mit vermeintlich „sicherer“ westlicher Technik ein gefährliches Risiko für Mensch und Umwelt. Die unglaubliche Serie von technischen Pannen und menschlichen Bedienungsfehlern und die unzulängliche Informationspolitik des Kraftwerksbetreibers Vattenfall sind in höchstem Maße besorgniserregend. In der Folge der Unfälle wurde zudem eine Liste mit sicherheitsrelevanten Mängeln im AKW Brunsbüttel bekannt, die der Betreiber seit sechs Jahren nicht

behooben hat. Vattenfall hat sich damit erneut als unseriöser und unverantwortlicher Energiekonzern gezeigt. Wir Grüne fordern deshalb, ihm die Betriebsgenehmigung für Brunsbüttel und Krümmel zu entziehen.

Aber auch die schleswig-holsteinische Atomaufsicht in der Verantwortung von Sozialministerin Gitta Trauernicht hat keine überzeugende Rolle bei der Klärung der Ereignisse gespielt. Warum wurden dem Konzern nicht sofort konkrete Fristen für die Beseitigung der Mängel in Brunsbüttel und die Behebung der Störfälle im Juni gesetzt?

---

### Eine atomkritische Haltung der Ministerin reicht uns nicht

---

Warum wurden die AKW nicht bis zur vollständigen Klärung abgeschaltet? Und vor allem: Warum hat die Ministerin anfänglich gegen besseres Wissen die Bevölkerung nicht vollständig über den

Umfang der Unfälle und ihre Folgen informiert? Das Krisenmanagement des Ministeriums hat uns Grüne nicht überzeugt. Eine atomkritische Haltung der Ministerin reicht uns nicht.

Bei einer hochgefährlichen Risikotechnologie müssen die Menschen Vertrauen in die Atomaufsicht haben können. Brunsbüttel und Krümmel müssen abgeschaltet bleiben, bis alle Fragen beantwortet und alle sicherheitsrelevanten Mängel beseitigt sind.

Die Unfälle in Brunsbüttel und Krümmel und die Hinhaltetaktik des Betreibers bei der Information und bei der Behandlung der Störfälle machen auch ganz klar: die Atomaufsicht braucht stärkere Instrumente gegen unseriöse und skrupellose Atomkonzerne. Wir fordern daher eine Beweislastumkehr im Atomrecht. Die Betreiber müssen als Verursacher der Gefahr nachweisen, dass ihre Atomanlagen sicher sind. ●

### Von Marlene Löhr

Auf dem Bollberg angekommen blicke ich zurück und bemerke erst jetzt den riesigen Menschenzug, der hinter unserer Gruppe aus dem Wald strömt. Zwei Stunden Fußmarsch haben wir hinter uns, seitdem wir das Camp in Reddelich verlassen haben. Kurze Zeit nur sind wir auf der Landstraße gelaufen, dann ging es aufgrund von Polizeisperren durch den Wald. Die Stimmung war gut. Alle hatten sich auf den Grundkonsens von Block G8 geeinigt: Keine Gewalt, keine Provokationen.

Vom Bollberg geht es weiter über zwei Wassergräben und durch ein ziemlich sumpfiges Gebiet. Dann kommen wir auf die Straße nach Heiligendamm zu. Vereinzelt Polizeiwagen stehen auf der Straße. Ein paar PolizistInnen versuchen eine Polizeikette zu errichten, überlegen es sich aber anders. Nachdem wir über den Bahndamm der historischen Molli-Eisenbahn geklettert sind, stehen wir auf der Zufahrtsstraße nach Heiligendamm und blockieren das Osttor.

Auch nach mehreren Stunden auf der Straße ist immer noch alles friedlich. In der Blockade wird gesungen, gelacht und geredet. Mit einem Megaphon wird die dpa-Meldung verbreitet, dass es aus unserer Blockade heraus zu Provokationen und Steinwürfen gekommen sein soll. Viele sind fassungslos, es



Marlene Löhr

## Friedlicher Protest erfolgreich

### Ein subjektiver Erfahrungsbericht aus Heiligendamm

handelt sich um eine Falschmeldung! Aber mit solchen Falschmeldungen haben wir noch öfter zu kämpfen. Als von hinten eine Hundertschaft der

brillen aufsetzen und ihre Halstücher über den Mund ziehen. Sofort werden sie von den anderen DemonstrantInnen aufgefordert, die Vermummung abzulegen und friedlich zu bleiben.

#### Die Blockade entwickelt sich zu einer Art Volksfest

Polizei anrückt, versammeln sich neben mir auf einmal mehrere schwarz angezogene Menschen, die ihre Sonnen-

Und die Autonomen halten sich daran. Es fliegt kein einziger Stein. So friedlich bleibt es während der gesamten Blockade. Am nächsten Tag entwickelt sich die Blockade zu einer Art Volksfest. Es sind immer noch mehrere tausend Leute auf der Straße. Die Polizei hat viele Einheiten abgezogen. Mit großem Interesse werden die Tageszeitungen gelesen. Die meisten Autonomen vom Vortag sind verschwunden. Die sind jetzt auf der anderen Hauptstraße nach Heiligendamm, heißt es. Dort soll es ziemlich heftig von Seiten der Polizei zugehen. Einige finden genau darin einen Reiz und machen sich auf zum Westtor. Unsere Blockade nimmt nach einer weiteren Nacht mit einer abschließenden Demonstration nach Bad Doberan ein friedliches Ende. ●



Marlene Löhr

Alle hatten sich auf den Grundkonsens geeinigt: Keine Gewalt, keine Provokationen.

## Liebe Freundinnen und Freunde,

Trafobrand im Atomkraftwerk und Schnellabschaltungen mit gefährlichen Pannen, das alles wollte das Unternehmen Vattenfall vertuschen und die zuständige Ministerin schwieg mit.



Die Grünen haben vor Ort, im Kieler Landtag und in Berlin dafür gesorgt, dass einige Herren des Konzerns dafür ihren Hut nehmen mussten. Ministerin Trauernichts atomkritischer Glanz verblich zunehmend.

Der Lack des schwarzen Umweltministers blättert ebenfalls, denn nun rächt sich, dass er das Vogelschutzgebiet in Eiderstedt nicht nach seinem realen Ausmaß, sondern nur in Handtuchgröße an die Europäische Kommission gemeldet hat. Deutschland drohen dafür Strafzahlungen in Millionenhöhe, wie mein Kollege Detlef Matthiessen im Landtag vorrechnete.

Grüne Beharrlichkeit führt bekanntlich zum Erfolg: Nachdem vor kurzem unser Antrag für Kinderrechte in der Verfassung noch in namentlicher Abstimmung abgelehnt wurde, stimmte der Landtag vor dem Sommer nun einstimmig dafür.

Ob ein solches Ergebnis schneller zustande gekommen wäre, hätten mehr Frauen dort entschieden? Dies wird sich zeigen, wenn unser Gesetzesvorschlag für geschlechterquotierte Landtagswahllisten umgesetzt wird. Bis dahin werden die Frauen in den anderen Parteien noch viel kämpfen müssen. Als Frauenpolitikerin freue ich mich, dass sich unser Fraktionsvorsitzender für mehr Frauenpräsenz im Landtag kräftig ins Zeug legt.

Angelika Birk  
Stellv. Fraktionsvorsitzende

## Die Energiewende ist machbar

*Von Detlef Matthiessen*

Die Grüne Landtagsfraktion hat ein klimafreundliches Energieszenario für Schleswig-Holstein erarbeiten lassen.

Die gute Nachricht lautet:

Der Umbau der Energiewirtschaft ist nicht nur machbar, sondern auch bezahlbar. Schleswig-Holstein könnte seinen Strom zu 100 Prozent aus Erneuerbaren Energien produzieren und bis zum Jahr 2050 rund 60 Prozent seiner heutigen CO<sub>2</sub>-Emissionen einsparen!

Und das ist – entgegen der Polemik der CDU – ohne Atomkraft und ohne neue Kohlekraftwerke möglich. Im Zentrum

unserer neuen Energiepolitik steht der Ausbau der Stromnetze: Wir brauchen ein europäisches „Super-Netz“ – damit wir den Strom aus Wind, Sonne und Wasserkraft quer durch Europa dorthin bekommen, wo er gerade gebraucht wird.

In unserer Broschüre stellen wir ein Paket von Maßnahmen vor, das die Landesregierung sofort umsetzen kann.

Das Konzept könnt ihr in einer Lang- oder Kurzversion bestellen oder herunterladen unter [www.sh.gruene-fraktion.de](http://www.sh.gruene-fraktion.de)



# Leckerer Essen in Kitas und Schulen

Im Rahmen unserer Kampagne „Kita is(s)t gut“ haben wir 17 Kindertagesstätten besucht.

Eine gesunde Ernährung ist bei weitem nicht Standard. Das wollen wir ändern.

## Von Monika Heinold

Kinder haben ein Recht auf gesunde Ernährung – im Elternhaus, in der Kindertagesstätte und in der Schule. Der gerade veröffentlichte Kinder- und Jugend-Gesundheitsbericht zeigt, dass unsere Gesellschaft davon meilenweit entfernt ist: 15 Prozent aller 3-17-jährigen sind übergewichtig, Essstörungen wie Magersucht und Fettsucht nehmen zu und fast jedes fünfte Kind hat kein normales Essverhalten. Diese erschreckenden Zahlen machen den gesellschaftlichen Handlungsdruck deutlich, zumal falsche Ernährung auch zu hohen Folgekosten im Gesundheitssystem führt.

Mit unserer Kampagne „Kita is(s)t gut“ waren wir zu Gast in 17 Kindertagesstätten und haben die Situation im Land erkundet: eine gesunde Ernährung ist bei weitem nicht Standard, sondern nur dem besonderen Engagement der jeweiligen Kita geschuldet. In Schulen ist die Situation noch problematischer: frisch gekochtes Mittagessen zu bezahlbaren Preisen muss man mit der Lupe suchen.

Mit unserem Landtagsantrag (DS 16/1528) fordern wir eine Verbesserung der Situation. Die Landesregierung soll gemeinsam mit dem „Netzwerk Ernährung“ und unter Einbindung der Kommunalen Spitzenverbände einen Maßnahmenkatalog „Gesunde Ernährung in Kindertagesstätte und Schule“, erarbeiten. Es soll verbindliche Leitlinien für ein gesundes Frühstück in den Kitas geben, außerdem sollen verbindliche

Qualitätsstandards für das Mittagessen in Kitas und Schulen erarbeitet werden. Um den Verkauf von stark zucker-, fett- und salzhaltigen Lebensmitteln zu unterbinden, soll der alte „Müsli-Erlass“ in den Schulen wieder verbindlich werden.

Zur Umsetzung brauchen wir ein Landeskonzept „Bauliche Realisierung von Schulkantinen“ und Weiterbildungsangebote für ErzieherInnen und LehrerInnen. Damit Kinder und Jugendliche schon früh Spaß am Zubereiten von Mahlzeiten bekommen und um ihnen die notwendigen Kenntnisse zu vermitteln fordern wir die Integration des Faches „Ernährungs- und Verbraucherbildung“ in die Lehrpläne und die

Ergänzung der Bildungsleitlinien in den Kitas um den Teil „Gesunde Ernährung“. Auch soll die Landesregierung Gespräche mit den Krankenkassen über eine verstärkte Kooperation und finanzielle Unterstützung führen.

---

## Liebe geht durch den Magen, ihr seid uns etwas wert!

---

Ein weiteres wichtiges Anliegen sind uns die Kosten der Mittagsangebote. Eine Familie mit Hartz IV-Unterstützung, die einen Tagesverpflegungssatz von 2,55 Euro pro Kind erhält, kann sich den bisherigen Durchschnittspreis für ein Essen in der Schulkantine von 2,50 Euro schlicht nicht leisten. Wir brauchen ein von Land und Kommunen gemeinsam aufgelegtes Förderprogramm, damit Kinder von Geringverdienern ihre Mahlzeit für einen Euro erhalten können. Kein Kind darf aus finanziellen Gründen von der Mittagverpflegung ausgeschlossen werden!

Liebe geht durch den Magen. Mit einer gesunden Mahlzeit und einer liebevoll gestalteten Atmosphäre im Speisesaal signalisieren wir unseren Kindern und Jugendlichen auch: Die Gesellschaft kümmert sich um euch, ihr seid uns etwas wert! ●





aboutpixel/prinschmelba

## Die Ostsee ist keine Jauchegrube

100 Millionen Toilettenspülungen von Kreuzfahrtpassagieren gelangen Jahr für Jahr ungeklärt in die Ostsee.

Das ist eklig, unökologisch und vollkommen überflüssig.

### Von Detlef Matthiessen

Die Ostsee ist ein Binnen- und Brackwassermeer. Mit all seinen Lebensformen zwischen Süßwasser im Osten und Meerwasser im Westen lebt die Ostsee vom Wasseraustausch mit der Nordsee. Der Austausch ist jedoch durch das enge und flache Übergangsbereich zwischen beiden Meeren erheblich eingeschränkt. Das bedeutet, dass alles, was wir heute in dieses Meer einleiten, dort für viele Jahre oder Jahrzehnte verbleibt.

Die Ostsee ist schon lange kein gesundes Ökosystem mehr. Ein gesundes Ökosystem ist artenreich aber nährstoffarm. Bei der Ostsee ist es umgekehrt. Die Überdüngung mit Nährstoffen wie Phosphor und Stickstoff ist das größte Umweltproblem der Ostsee. Die Folgen: Immer häufiger treten giftige Blaualgen auf, Algenteppiche ersticken die natürlichen Lebensgemeinschaften. Abgestorbene Algen sinken ab, und ihre Zersetzung entzieht dem Wasser den dringend benötigten Sauerstoff.

Algen und Quallen verstopfen auch Fischernetze, die oft nur noch Schleim statt Dorsch oder Hering enthalten.

Die Fäkalien, die von vielen Fahrgastschiffen noch immer ungeklärt in die Ostsee geleitet werden, sind eine bedeutende Nährstoffquelle. Die Umweltstiftung WWF hat errechnet, dass von den Schiffen jährlich etwa 450 Tonnen Nitrate und 150 Tonnen Phosphate ins Meer fließen. 100 Millionen Toilettenspülungen von Kreuzfahrtpassagieren gelangen Jahr für Jahr ungeklärt in die Ostsee. Das ist eklig, unökologisch und vollkommen überflüssig.

Leider lässt das „Internationale Übereinkommen zur Verhütung der Meeresverschmutzung durch Schiffe“ (MARPOL) diese Praxis zu. Außerhalb der 12 Seemeilenzone dürfen Abwässer ungeklärt verklappt werden.

Schleswig-Holstein ist ein Land, das vom Tourismus lebt. Wir wollen saubere Strände, intakte Ökosysteme und ein Badewasser, vor dem es uns nicht ekeln soll. Schleswig-Holstein muss sich an die Spitze der Bewegung setzen und für eine Änderung der gängigen Praxis kämpfen! Auch ein Bundesland kann auf Bundesebene, auf europäischer Ebene oder im Rahmen der Ostsee-

kooperation aktiv werden. Hier wäre eine Möglichkeit für Minister von Boetticher, zu zeigen, welche Bedeutung er dem Schutz unserer Umwelt beimisst.

Eine weitere Möglichkeit wäre, in schleswig-holsteinischen Häfen die Entsorgung der Fäkalien kostenlos anzubieten, gegenfinanziert zum Beispiel durch die Hafengebühren.

Hier gibt es die Chance, mit wenig Aufwand einen großen Sprung nach vorn bei der Wasserqualität der Ostsee zu machen – für ein gesundes Ökosystem und ungetrübte BadeFreuden.

### Grüner Landtagsantrag:

<http://www.lvn.ltsh.de/infothek/wahl16/drucks/1500/drucksache-16-1501.pdf>



aboutpixel/miami vice

# FÖJ-Herausforderung: Wette gewonnen



Wir machen uns stark für das Freiwillige Ökologische Jahr

Die TeilnehmerInnen des Freiwilligen Ökologischen Jahres (FÖJ) in Schleswig-Holstein haben die Landtagsabgeordneten herausgefordert, für einen Tag an ihrer Arbeit teilzunehmen. Selbstverständlich hat die Grüne Fraktion die Herausforderung geschlossen angenommen.

„Das freiwillige Ökologische Jahr ist für junge Menschen eine ganz wichtige Erfahrung“, so Monika Heinold, die sich als Einsatzort den Natur-Erlebnis-Hof Seekamp in Löptin ausgesucht hatte. „Ich fordere die Landesregierung auf, die beschlossenen Kürzungen rückgängig zu machen.“

Angelika Birk forschte mit Kindern beim Umweltbildungsverein „Geo step by step“, Karl-Martin Hentschel begleitete eine FÖJlerin beim Informationszentrum Wiedingharde in Klanxbüll auf einer Vogelzählung und Detlef Matthiessen zeigte in der FÖJ-Betreuungsstelle am Koppelsberg bei Plön vollen Einsatz: Mit einer Motorsäge baute er gemeinsam mit FÖJlerinnen eine Sammelbox für Althandys. J.N.

## Neue Lehrerarbeitszeit

Müssen in den Regional- und Gemeinschaftsschulen Hauptschullehrkräfte länger arbeiten als Realschulkollegen und die vom Gymnasium am wenigsten? Darf das Ministerium allein die Leitung der neuen Schularten aussuchen? Im Landtag haben wir gefordert: Statt nach der Ausbildungsbiographie der Lehrkräfte soll sich die Lehrerarbeitszeit nach den Schulstufen richten und Schulleitungen müssen öffentlich ausgeschrieben und demokratisch gewählt werden. Zur Arbeitszeit lenkte die Landesregierung wenige Tage vor der Landtagsdebatte ein. Die Schulleitungsfrage sorgt noch für Zündstoff. A.B.

## Frauenquote zur Landtagswahl

In der Grünen Partei wirkt sie erfolgreich – die Quotenregelung: Sie sorgt dafür, dass auf Wahllisten nach dem Reißverschlussprinzip jeder zweite Platz einer Frau zusteht. Schleswig-Holstein war bis 2000 mit einer Ministerpräsidentin und vielen Frauen in Kabinett und Landtag bundesweit vorbildlich. Seither ist die Frauenbeteiligung stark rückläufig. Aktuell gehören den Frauen nur noch 30 Prozent der Landtagsitze. Deshalb hat die Grüne Landtagsfraktion jetzt eine Änderung des Landtagswahlgesetzes vorgeschlagen. Alle Parteien sollen jeden zweiten Listenplatz für Frauen reservieren! A.B.

## Kinderrechte endlich in der Landesverfassung

Zum dritten Mal seit 2005 haben wir einen Landtagsantrag auf Verankerung von Kinderrechten in unserer Landesverfassung eingereicht. Endlich ist ihm zugestimmt worden. Damit ist Schleswig-Holstein Nummer 12 der Bundesländer, die diese Änderung beschlossen haben.

Bisher sind die Rechte von Kindern an der notwendigen Zwei-Drittel-Mehrheit gescheitert. Die CDU hat es über Jahre blockiert und noch vor wenigen Monaten durchgesetzt, dass auch die SPD in namentlicher Abstimmung gegen die Aufnahme von Kinderrechten als Staatsziel stimmen musste. M.H.

[www.lvn.parlanet.de/  
infothek/wahl16/  
drucks/1400/drucksache-  
16-1490.pdf](http://www.lvn.parlanet.de/infothek/wahl16/drucks/1400/drucksache-16-1490.pdf)



## Schrottreaktoren abschalten, Atomlobby in die Pflicht nehmen

**Atomkraft ist nicht sicher, Vattenfall ist kein zuverlässiger AKW-Betreiber und einen Ausstieg aus dem Atomausstieg darf es nicht geben. Das sind die Lehren aus den Störfällen in den Atomkraftwerken Krümmel und Brunsbüttel und der Desinformationskampagne des Betreibers Vattenfall.**

*Von Rainer Steenblock*

Dessen Krisenmanagement offenbart ein erschreckendes Ausmaß an Selbstherrlichkeit, Fahrlässigkeit und fehlendem Verantwortungsbewusstsein. Die Rücktritte zweier Verantwortlicher auf Druck der Öffentlichkeit waren richtig, mehr als ein Bauernopfer sind sie nicht.

Die Störfälle waren keine Ausrutscher. In den schwedischen AKW Forsmark und Ringhals gab es im vergangenen Jahr schwere Störfälle. Betreiber: Vattenfall. Strukturelle Mängel und eine mangelhafte Sicherheitskultur sind keine Ausnahme, sondern die Regel.

Jetzt ist die Politik gefragt: erstens sollte Ministerin Trauernicht Vattenfall die Betriebserlaubnis entziehen. Zweitens müssen die Atomkraftwerke Brunsbüttel und Krümmel stillgelegt werden. Drittens sollte die Beweislast umgekehrt werden: der Betreiber muss die Zuverlässigkeit

der Anlagen durch häufigere Sicherheitsüberprüfungen nachweisen und die Prüfberichte veröffentlichen. Viertens brauchen wir eine stärkere Atomaufsicht mit Sanktionsmöglichkeiten, wenn ein Betreiber seiner Beweisspflicht nicht nachkommt.

Die jüngsten Störfälle zeigen einmal mehr: die deutschen Meiler sind nicht sicher, Atomkraft ist eine Risikotechnologie. Auch als Antwort auf den Klimawandel taugt Atomkraft nicht, denn CO<sub>2</sub>-neutralen Atomstrom gibt es nicht. Beim energieintensiven Abbau und der Aufbereitung von Uran wird CO<sub>2</sub> in großen Mengen freigesetzt.

Am Atomausstieg darf nicht gerüttelt werden. So gehört es klipp und klar ins Klimakonzept der Bundesregierung. Ob

sich Umweltminister Gabriel jedoch gegen Wirtschaftsminister Glos und die Atomlobby durchsetzen kann, bleibt abzuwarten.

Eine nachhaltige Energie- und Klimapolitik braucht europäische Lösungen für mehr Energieeffizienz, Erneuerbare Energien und umweltfreundlichen Verkehr. Konkrete Vorschläge stehen im Energiekonzept der grünen Bundestagsfraktion.

Meinen Beitrag für die Uetersener Nachrichten vom 14.07.07, das Energiekonzept der Bundestagsfraktion und Infos zur Kampagne „Atomausstieg selber machen!“ findet Ihr unter [www.rainer-steenblock.de](http://www.rainer-steenblock.de)



*Rainer Steenblock,  
europapolitischer Sprecher  
Bündnis 90/Die Grünen*



# Kulturprozente für die Schulen

**Teure Theaterkarten sollen noch ein bisschen teurer werden - um mit den Mehreinnahmen Theaterbesuche von Schulklassen finanzieren zu können.**

*Von Grietje Bettin*

Eine 8. Klasse besucht zusammen mit ihrer Klassenlehrerin eine Aufführung des Theaters. Anschließend bekommt die Klasse als besonderes Highlight eine Führung hinter die Kulissen und praktische Einblicke in die Theaterarbeit. Pädagogisch und kulturell eine gelungene Veranstaltung, da sind sich alle einig. Verpasst wurde das ganze von der Schülerin Julia - sie hatte sich krank gemeldet.

„Julia fehlt immer, wenn Aktivitäten der Klasse etwas kosten,“ sagt die Lehrerin. Sie weiß, dass sich die Familie den Theaterbesuch aus eigener Tasche finanziell nicht leisten kann. „Weder Julia noch die Eltern reden mit uns darüber, die Scham scheint zu groß zu sein.“



Grietje Bettin,  
medienpolitische Sprecherin  
Bündnis 90/Die Grünen

Das ist kein Einzelfall. Immer wieder berichten LehrerInnen von Kindern und Jugendlichen, die offenbar aus Geldmangel bei Schulausflügen fehlen.

Das Alarmierende daran: Die Kinder von armen, sozial benachteiligten Eltern sind ohnehin in ihrer gesellschaftlichen Teilhabe stark eingeschränkt und können sich außerhalb der Schule oft nur wenig mit Kultur auseinandersetzen. Gerade sie könnten und müssten daher zumindest an den kulturellen Angeboten der Schule teilnehmen. Kultur ist in beson-



www.pixelio.de

derem Maße identitätsstiftend für die Gesellschaft. Die Auseinandersetzung mit ihr gibt Impulse für die eigene Entwicklung, weckt Neugier und motiviert vielleicht sogar zu eigenem schöpferischen Handeln.

Ist kulturelle Teilhabe aus finanziellen Gründen nicht möglich, verstärkt sich die Ausgrenzung benachteiligter Kinder, Chancengerechtigkeit wird schon hier untergraben und zementiert.

In Deutschland gibt es eine unüberschaubare Zahl von Fördertöpfen für die außerschulische Jugendkultur. Manchmal wird gekleckert, selten auch mal geklotzt. Dieses Geld hilft aber meist denjenigen Jugendlichen, die sich bereits mit Kultur auseinandersetzen - für diejenigen, die erst an Kultur herangeführt werden sollen, gibt es solche Töpfe praktisch nicht.

Der beste Ort, um dieses zu erreichen, wäre die Schule. Deswegen sollten die Schauspiel- und Konzerthäuser mit ihren öffentlichen und privaten Trägern aus-

handeln, auf die regulären Eintrittspreise einige „Kulturprozente“ aufzuschlagen, mit denen Schulklassenbesuche gefördert werden. Ausgenommen von dem Zuschlag sollten natürlich ermäßigte Tickets sein, und auch die billigste Kategorie muss zuschlagsfrei bleiben. Die Einnahmen kommen in einen landesweiten Fonds, aus dem ausschließlich Theater-, Opern oder Konzertbesuche von Schulklassen gefördert werden.

Das Publikum würde das sicher akzeptieren: Bei 5% Aufschlag würde ein 30 Euro Ticket dann 31,50 Euro kosten. Das schmerzt niemanden, aber jeder sieht den Sinn. Allein in Kiel würden damit schätzungsweise 60.000-80.000 Euro jährlich für Schulbesuche bereit stehen, die dann für die Schülerinnen und Schüler weit billiger oder gar kostenlos sein könnten.

Für die Bühnen selbst wäre das ein Beitrag zur nachhaltigen Zuschauerakquisition. Menschen gehen gern ins Theater und in die Oper, wenn sie als Kinder und Jugendliche schon einen positiven Bezug dazu aufgebaut haben. Nur was man kennt, kann man schätzen. Und Theater, Oper und Konzerte kennen zu lernen und sich mit der kulturellen Identität seiner Gesellschaft auseinanderzusetzen, steht Kindern aus armen Familien genau so zu wie allen anderen Menschen auch. ●

## Wahlkreisbüro Bettin

Claudia Prehn  
Florian Bernstorff  
Fabian Frei  
Im Brauereiviertel 5, 24118 Kiel  
Telefon 0431 5578262  
Telefax 0431 5578224  
grietje.bettin@wk.bundestag.de

## Berliner Büro

Konstanze Ullrich  
Nina Morschhäuser  
Stephan Kolbe  
Unter den Linden 50, 10117 Berlin  
Telefon 030 227-75052  
Telefax 030 227-76051  
grietje.bettin@bundestag.de

 [www.g-bettin.de](http://www.g-bettin.de)

# Computerspiele: Fortsetzung des guten alten Spielens

**gb Computerspiele gehören heute genauso zu unserer Alltagskultur wie Literatur, Kino oder Fernsehen. Sie sind Kulturgut.**

Von jeher gehört das Spielen zur Kultur - sei es Theaterspielen, Kartenspielen, Ballspielen o.ä. Computerspielen ist lediglich die moderne Fortschreibung altbekannter Spielmechanismen, wenngleich mit neuen technischen Mitteln. Strategie-, Rätsel-, Kampf- und Rollenspiele gab es schon lange vor dem ersten PC, sie wurden nur in das neue Medium übertragen. In Computerspielen werden Geschichten erzählt, genauso wie in Büchern oder Filmen.

Computerspiele sind längst Massenmedium. Die Zahl der Computerspieler und -spielerinnen(!) nimmt zu, das Durch-

schnittsalter steigt und liegt mittlerweile bei etwa 30 Jahren. Beachtenswert aber sind vor allem die Verkaufszahlen: Im letzten Jahr wurden in Deutschland 1,1 Mrd. Euro mit Computerspielen umgesetzt und fast 45 Mio. Computer- und Konsolenspiele verkauft. Das ist weit mehr, als in der Kinobranche umgesetzt wurde.

Werfen wir also einen fairen Blick auf das Medium Computerspiele: Sie sind Bestandteil unserer heutigen Kultur, sie bestimmen das Alltagsleben von Jung und Alt mit, sie sind Ergebnis künstlerischer Tätigkeit und weisen eigene

Ästhetik, Farben, Musik und Inhalte auf. Sie sind Teil unserer heutigen Populärkultur.

Aus diesem Grund ist die öffentliche Förderung von Computerspielen sinnvoll, so wie sie Filmen schon lange zugute kommt. Nur so werden wir diesem Massenmedium gerecht - und fördern gleichzeitig die Herstellung qualitativvoller Computerspiele. ●



www.pixelio.de

## Wahlkreisbüro Steenblock

Barbara Laubheimer  
Thorsten Berndt  
Damm 48, 25421 Pinneberg  
Telefon 04101 553987  
Telefax 04101 553986  
rainder.steenblock@wk.bundestag.de

## Berliner Büro

Manuela Siebert  
Irene Hahn  
Pia Kohorst  
Unter den Linden 50, 10117 Berlin  
Telefon 030 227-72056  
Telefax 030 227-76056  
rainder.steenblock@bundestag.de

[www.rainder-steenblock.de](http://www.rainder-steenblock.de)



## Kurz berichtet:

*rs Im Hauptquartier der EU-Grenzschutzmission (EUBAM) in Odessa. Auf meiner Reise in die Ukraine und nach Moldau Mitte Juli informierte ich mich über die wirtschaftliche und demokratische Entwicklung in beiden Ländern und über die regionale Kooperation im Grenzgebiet.*

## Nicht durchgerechnet

*rs Die Einigung über die Fehmarnbelt-Querung bringt keine Klarheit über die Finanzierung. Klar ist nur: Rund 830 Mio. Euro kostet die deutsche Hinterlandanbindung. Dafür wird Schleswig-Holstein zahlen müssen. 60 Mio. hat die Landesregierung bereits zugesagt. Der Rest bindet auf Jahre Mittel, die Schleswig-Holstein vom Bund bekommt - auf Kosten wichtiger Infrastrukturprojekte. Auch die EU wird nicht wie erwartet einspringen. Obwohl das Bundesverkehrsministerium mit realistischen Zahlen rechnet, kursoriert ein utopischer 30-Prozent-Anteil, der bisher nie gezahlt wurde. Mehr als 10 Prozent Zuschuss sind für Fehmarnbelt nicht im EU-Topf. Für ein „Jahrhundert-Bauwerk“ ein ziemlich brüchiges Fundament. ●*

## Nicht genehmigungsfähig

*rs Fehlende Angaben zum Ausmaß möglicher Umweltfolgen, widersprüchliche Bewertungsansätze. Von „entscheidungsrelevanten methodischen Mängeln“ spricht das Bundesamt für Naturschutz (BfN) in seiner Stellungnahme zur geplanten Elbvertiefung und stellt den vorgelegten Gutachten ein vernichtendes Zeugnis aus. Neu ist diese Kritik nicht, doch aus der Feder der obersten Naturschutzfachbehörde Deutschlands erhält sie neues Gewicht für den Fortgang des Verfahrens. Mit drastischen Worten stellt das BfN klar: Nach der nächsten Elbvertiefung droht geschützten Tieren und Pflanzen vielerorts das Aus. Die Zeit taktischer Spielchen ist für die Hamburger Planer damit vorbei. Wer solch hohen Einsatz fordert, sollte sich wenigstens die Mühe machen, „dem Stand der Technik entsprechende“ Unterlagen vorzulegen. ●*

# Infos und Termine

**19.09.2007** Karl-Martin Hentschel auf Veranstaltung „PLIETSCH“, Nordfriesland

**29.09.2007, 13 Uhr:** Brunsbüttel, Bootsfahrt-Aktion, Grüne Steinburg, **nur mit Anmeldung!**

**26.09.2007** Bildungspolitischer Kinoabend mit Angelika Birk, Elmshorn

**04.10.2007** Bildungspolitisches Gespräch der Landtagsfraktion in Kiel

**06.10.2007** Kleiner Parteitag und Kommunalwahlkongress in Neumünster

**31.10.2007** Karl Martin Hentschel auf Veranstaltung „Wie kann Gemeinsames Lernen in Bad Segeberg gelingen?“

**01.11. 2007** Handwerk hat Grünen Boden: Handwerker-tour von Detlef Matthiessen in Flensburg/Schleswig-Flensburg

**05.11.2007** Angelika Birk auf Veranstaltung „Wie kann Gemeinsames Lernen in Lauenburg gelingen?“, Lauenburg

**14.11.2007** Reihe „Energiepolitische Gespräche“ mit Detlef Matthiessen im Landtag

**29.11.2007** Bildungspolitisches Gespräch der Landtagsfraktion in Kiel

▶ [www.sh.gruene.de](http://www.sh.gruene.de) -> Termine  
[www.sh.gruene-fraktion.de](http://www.sh.gruene-fraktion.de) -> Termine

## Speedboote

Die Speedboote in der Lübecker Bucht gehen nicht nur den Grünen gewaltig auf den Wecker. Es sollte keinen Zweifel daran geben, dass diesen ultralauten Klimastinkern Beschränkungen auferlegt werden müssen. Allerdings scheinen die Boote in einer juristischen

Grauzone unterwegs zu sein. Niemand fühlt sich zuständig! Der Lübecker Grüne **Karl-Heinz Haase**, der seit Jahren einen beharrlichen Kampf führt, spricht von einer „Zyklischen Verantwortungsdelegation“.

Aus Protest gegen die Krachmacher haben die Grünen dieses Plakat entworfen, das in der Kreisgeschäftsstelle bestellt werden kann.



▶ [www.gruene.luebeck.de](http://www.gruene.luebeck.de)

## Energiesparmeisterin

Klimaschutz lohnt sich. **Silke Mühlenhoff**, Sprecherin des KV Ostholstein, hat ein altes Haus auf den energietechnisch neuesten Stand gebracht und dafür den Energiesparmeisterpreis des Bundesumweltministeriums gewonnen. Nach aufwändiger Dämmung und dem Einbau von Wärmeschutzfenstern wird das Mehrfamilienhaus nun mit



Holzpellets und Solarenergie geheizt. Strom sparen hier Solarleuchten und Dämmerungsschalter sowie eine optimierte Heizungsumwälzpumpe. Der Lohn: eine grüne Hausnummer (!), eine Urkunde und 2500 Euro.

▶ [www.klima-sucht-schutz.de](http://www.klima-sucht-schutz.de)

## Starke Grüne

Ein neues Rekordwahlergebnis hat die Grüne Hochschulgruppe in Kiel erzielt. Mit 33,9 Prozent ist sie erneut die größte Gruppe im neuen Studierendenparlament. Herzlichen Glückwunsch!

▶ [www.gruene.uni-kiel.de](http://www.gruene.uni-kiel.de)

## Impressum

### Herausgeber grüne welle

Bündnis 90/Die Grünen, Landesverband Schleswig-Holstein  
Wilhelminenstraße 18, 24103 Kiel  
Telefon 0431 59338-0, Telefax 0431 59338-25  
E-Mail: lv.sh@gruene.de, Internet: www.sh.gruene.de

### Herausgeberin fördewind

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Landtag Schleswig-Holstein  
Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel  
Telefon 0431 988-1500, Telefax 0431 988-1501  
E-Mail: fraktion@gruene.ltsh.de, Internet: www.sh.gruene-fraktion.de

### Herausgeber berlin-report

Grietje Bettin und Rainer Steenblock  
Unter den Linden 50, 10117 Berlin  
Telefon 030 227-75052, Telefax 030 227-76051 (Grietje Bettin)  
Telefon 030 227-72056, Telefax 030 227-76056 (Rainer Steenblock)

### Redaktion und Gestaltung grüne welle + fördewind

Dr. Jörg Nickel

### Redaktion und Gestaltung berlin report

Claudia Prehn

### Grafische Konzeption

IN.MEDIUM GmbH | Agentur für Mediengestaltung  
E-Mail: info@inmedium.net, Internet: www.inmedium.net

### Druck

Oktoberdruck AG, Berlin